Übersicht zur Entwicklung der Bereiche Reiseverkehr, ständige Ausreise und Republikflucht

Zehntausende DDR-Bürger verließen im ersten Halbjahr 1989 ihr Land. Einen guten Überblick zu Auslandsreisen, genehmigten Ausreisen und erfolgreichen Fluchtversuchen aus der DDR bietet der vorliegende Bericht.

Im ersten Halbjahr 1989 hatten über 100.000 Bürger Anträge darauf gestellt, aus der DDR in die Bundesrepublik überzusiedeln. Nach bisherigen Erfahrungen würden sie Monate, wenn nicht Jahre auf eine Genehmigung warten müssen. Doch plötzlich eröffnete sich eine neue Möglichkeit: Ungarn begann im Mai 1989 die Grenzanlagen nach Österreich abzubauen und damit durchlässiger zu machen. Zugleich wurden DDR-Bürger, die bei einem Fluchtversuch in den Westen festgenommen worden waren, nur noch in seltenen Fällen in ihr Herkunftsland abgeschoben.

Die ersten Wagemutigen riskierten im Juni und Juli 1989 den immer noch gefährlichen Weg über die "grüne Grenze". Noch im August wurde ein DDR-Bürger an dieser Grenze erschossen. Andere suchten die bundesdeutschen Botschaften in Budapest und in Prag in der Hoffnung auf, von dort in die Bundesrepublik abgeschoben zu werden. Aus Dutzenden wurden bald Hunderte, aus Hunderten Tausende und Zehntausende.

Der Staatssicherheit kam die Aufgabe zu, die SED-Führung über die Fluchtwelle zu informieren. Eine wahrscheinlich von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe erarbeitete Übersicht zu Auslandsreisen, genehmigten Ausreisen und erfolgreichen Fluchtversuche aus der DDR bietet einen guten Überblick für den Zeitraum Januar bis September 1989. Das Papier wurde offenbar im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Reisegesetzes erarbeitet, das weitgehende Reisefreiheit bringen sollte, dann aber von den Ereignissen im November 1989 überholt worden ist.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7438, Bl. 77-80

Metadaten

Datum: 20.10.1989 Überlieferungsform: Dokument

Übersicht zur Entwicklung der Bereiche Reiseverkehr, ständige Ausreise und Republikflucht

BStU
000077
5

Anlage 1

I n f o r m a t i o n

über die Entwicklung und Lage auf dem Gebiet des Reiseverkehrs, der ständigen Ausreisen und des ungesetzlichen Verlassens der DDR

1. Reiseverkehr

Im Zeitraum vom 01. 01. 1989 bis 30. 09. 1989 wurden

3.756.769 Genehmigungen für Reisen nach dem Ausland

erteilt. Das sind 7,7 % mehr Genehmigungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.
Sie untergliedern sich in Genehmigungen von

192.963 Dienstreisen,

563.077 Touristenreisen,

3.000.729 Privatreisen.

Zu beachten ist, daß die Anzahl der Reisen auf der Grundlage dieser erteilten Genehmigungen durch Mehrfachvisa jedoch um ein Vielfaches höher ist.

Nach dem nichtsozialistischen Ausland wurden ca. 2,2 Millionen Privatreisen genehmigt. Das sind 10 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Ein Anstieg um 16 % auf ca. 1,3 Millionen ist auch bei Genehmigungen für Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland für Personen unterhalb des Rentenalters zu verzeichnen.
Mit der Festlegung der Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse in der Verordnung vom 30. 11. 1988 und der 1. Durchführungsbestimmung vom 14. 03. 1989 als Voraussetzung für die Beantragung von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland wurde der Kreis der Antragsberechtigten verbindlich bestimmt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7438, Bl. 77-80

Übersicht zur Entwicklung der Bereiche Reiseverkehr, ständige Ausreise und Republikflucht

BStU
000078
6

Die damit geschaffenen Reisemöglichkeiten blieben dennoch hinter den Erwartungen eines Teiles der Bürger zurück. Das führte zu Verärgerungen, zur Ablehnung der Verordnung und zu feindlich-negativen Äußerungen und Verhaltensweisen gegenüber der Politik der Partei- und Staatsführung. Generell wird nicht verstanden, daß Privatreisen nur bei Vorhandensein von bestimmten Verwandten und Anlässen in bestimmten Zeitabständen beantragt werden können.

Die festgelegte Antragsberechtigung führte dazu, daß

387.178 Anträge auf Privatreisen

nicht entgegengenommen werden konnten.

Die Ablehnung von entgegengenommenen Anträgen auf Privatreisen bildet die Ausnahme (1,7 %).

2. Ständige Ausreisen

Seit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 30. 11. 1988 über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland haben mit Stand vom 30. 09. 1989

160.785 Personen Anträge auf ständige Ausreise gestellt.

Darunter befinden sich 59.725 Personen, die erstmalig einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt haben (bisher höchste Anzahl von erstmaligen Antragstellern in drei Quartalen) sowie fast alle Personen, die vor dem 31. 12. 1988 als Übersiedlungsersuchende erfaßt waren und auf der Grundlage der o.g. Verordnung erneut Anträge gestellt haben.

Von der Gesamtzahl der Antragsteller wurde bei

86.150 Personen die ständige Ausreise genehmigt.

Das ist das Mehrfache der in Vorjahren genehmigten Ausreisen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7438, Bl. 77-80

Blatt 78

Übersicht zur Entwicklung der Bereiche Reiseverkehr, ständige Ausreise und Republikflucht

BStU
000079
7

Diese hohe Zahl erteilter Genehmigungen war zwingend erforderlich zur Verringerung des von diesem Potential ausgehenden Drucks auf die staatlichen Organe und zur Abwendung außenpolitischen Schadens für die DDR. Deshalb wurde die Mehrzahl der Genehmigungen nicht aufgrund der in der Verordnung festgelegten humanitären Gründe, sondern aus sicherheitspolitischen Erwägungen erteilt.

Das ging einher mit dem Nachlassen der gesellschaftlichen Anstrengungen zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreise.

Durch die völkerrechtswidrigen Praktiken der diplomatischen Vertretungen der BRD, die ständige Propagierung einer Obhutspflicht für alle Deutschen und die damit verbundene fortwährende Eskalation der Erpressungsversuche, insbesondere in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, den Botschaften der BRD in Budapest, Warschau und Prag, installierte sich ein Mechanismus zur Erzwingung von ständigen Ausreisen unter Mißachtung der Rechtsvorschriften der DDR. Die zur Lösung der Botschaftsbesetzungen durchgeführten Maßnahmen und die in dem Zusammenhang zum Teil erteilten Zusagen haben dazu geführt, daß wesentliche Bestimmungen der Verordnung vom 30. 11. 88 nicht mehr anwendbar sind. Damit ist die Wirksamkeit der Verordnung in Frage gestellt.

Besonders deutlich wurde das im Zusammenhang mit der Abschiebung von 15.530 Personen, die sich widerrechtlich in den Botschaften der BRD in Prag und Warschau aufgehalten haben. Ca. 80 % dieser Personen waren keine Antragsteller auf ständige Ausreise. Davon ausgehend, fordert der größte Teil der

74.635 Personen, deren Anträge sich noch in Bearbeitung befinden oder abgelehnt wurden,

die gleichen Zusagen für ihre unverzügliche Ausreise. Dabei berufen sie sich auf den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7438, Bl. 77-80

Blatt 79

Übersicht zur Entwicklung der Bereiche Reiseverkehr, ständige Ausreise und Republikflucht

BStU
000080
8

Ausgehend von dieser Lage waren die zuständigen örtlichen Organe gezwungen, mit der Genehmigung solcher Fälle zu beginnen.

3. Ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 01. 01. 1989 bis 31. 09. 1989 haben rund 50.000 Personen die DDR ungesetzlich verlassen. Darunter befinden sich nach bisherigen Erkenntnissen mehr als 30.000 Personen, die die DDR über die UVR verlassen haben.
17.352 Personen sind von Reisen in das Ausland nicht zurückgekehrt.
Darunter befinden sich 9.350 Personen, die Privatreisen in das nichtsozialistische Ausland zu diesem Zweck mißbrauchten. Der Umfang der Nichtrückkehrer von diesen Reisen hat sich im III. Quartal 1989 im Vergleich zum I. Quartal 1989 fast vervierfacht.

Der außerordentliche Anstieg des ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere über das Territorium der UVR, ist mit eine Auswirkung der zügellosen Hetze und Propaganda westlicher Medien gegen die DDR, des demonstrativen Abbaus der Grenzsicherungsanlagen der UVR und Veränderungen in den Grenzregimen sozialistischer Staaten.

400 Personen haben widerrechtlich den ungesetzlichen Grenzübertritt über die Staatsgrenze der DDR vollendet.
Die Grenzdurchbrüche nach der BRD haben trotz verstärkter Anstrengungen der Schutz- und Sicherheitsorgane in den ersten 3 Quartalen 1989 im Vergleich zum Vorjahr um 40 % zugenommen.
Angestiegen ist auch die Anzahl erfolgter Festnahmen wegen Vorbereitungs- und Versuchshandlungen (I.-III. Quartal 1988 = 2.222 Personen; I.-III. Quartal 1989 = 3.974 Personen).

Bei vollendeten und verhinderten Grenzdurchbrüchen ist eine zunehmende Risikobereitschaft und Tatintensität der Täter festzustellen. Ausdruck dafür sind u. a. eine Reihe spektakulärer, teilweise gewaltsamer Handlungen, die durch feindliche Kräfte zur Diskreditierung der DDR, Eskalierung der antisozialistischen Kampagne und zur Stimulierung weiterer Angriffe genutzt wurden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7438, Bl. 77-80

Blatt 80